



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

DE

9359/12

(OR. en)

PRESSE 184
PR CO 25

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3163. Tagung des Rates

Wirtschaft und Finanzen

Brüssel, den 2. Mai 2012

Präsidentin

Margrethe VESTAGER

Ministerin für Wirtschaft und Inneres

(Dänemark)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6083 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat prüfte Vorschläge zur Änderung der EU-Vorschriften für die **Eigenkapitalanforderungen an Banken** und Wertpapierfirmen, das sogenannte "CRD IV"-Paket, um Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur Annahme der Texte in erster Lesung aufnehmen zu können.*

Der Rat stellte fest, dass eine qualifizierte Mehrheit einen vorläufigen Kompromisstext befürwortete, und beschloss, sich am 15. Mai 2012 nach einer technischen Überprüfung erneut mit dem Dossier zu befassen, um seine Zustimmung zu dem Gesamtpaket zu bestätigen.

INHALT¹

TEILNEHMER 4

ERÖRTERTE PUNKTE

VORGEHEN IM ANSCHLUSS AN DIE INTERNATIONALEN FINANZTAGUNGEN 6

EIGENKAPITALANFORDERUNGEN AN BANKEN..... 7

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– Verbrauchsteuern – Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden..... 8

ENERGIE

– Euratom/ Organisation für die Entwicklung der Energiewirtschaft auf der koreanischen Halbinsel – Verlängerung des Abkommens 8

UMWELT

– Biozid-Produkte..... 8

LEBENSMITTELRECHT

– Aktualisierung der Liste der zugelassenen Lebensmittelzusatzstoffe..... 9

ERNENNUNGEN

– Ausschuss der Regionen..... 9

¹ • Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 • Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 • Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER

Belgien:

Steven VANACKERE

Vizepremierminister und Minister der Finanzen und der nachhaltigen Entwicklung, zuständig für den öffentlichen Dienst

Bulgarien:

Dimitar TZANTCHEV

Ständiger Vertreter

Tschechische Republik:

Miroslav KALOUSEK

Minister der Finanzen

Dänemark:

Margrethe VESTAGER

Ministerin für Wirtschaft und Inneres

Deutschland:

Wolfgang SCHÄUBLE

Bundesminister der Finanzen

Estland:

Jürgen LIGI

Minister der Finanzen

Irland:

Michael NOONAN

Minister der Finanzen

Griechenland:

Theodoros SOTIROPOULOS

Ständiger Vertreter

Spanien:

Luis DE GUINDOS JURADO

Minister für Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

Frankreich:

François BAROIN

Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie

Italien:

Vittorio GRILLI

Stellvertretender Minister für Wirtschaft und Finanzen

Zypern:

Vassos SHIARLY

Minister der Finanzen

Lettland:

Ilze JUHANSONE

Ständige Vertreterin

Litauen:

Raimundas KAROBLIS

Ständiger Vertreter

Luxemburg:

Luc FRIEDEN

Minister der Finanzen

Ungarn:

Péter GYÖRKÖS

Ständiger Vertreter

Malta:

Tonio FENECH

Minister für Finanzen, Wirtschaft und Investitionen

Niederlande:

Pieter DE GOOIJER

Ständiger Vertreter

Österreich:

Maria FEKTER

Bundesministerin für Finanzen

Polen:

Jacek ROSTOWSKI

Minister der Finanzen

Portugal:

Vitor GASPAR

Ministro de Estado, Minister der Finanzen

Rumänien:

Mihnea MOTOC

Ständiger Vertreter

Slowenien:

Rado GONORIO

Ständiger Vertreter

Slowakei:
Ivan KORČOK

Ständiger Vertreter

Finnland:
Jan STORE

Ständiger Vertreter

Schweden:
Anders BORG

Minister der Finanzen

Vereinigtes Königreich:
George OSBORNE

Schatzkanzler

Kommission:
Olli REHN
Michel BARNIER

Vizepräsident
Mitglied

Andere Teilnehmer:
Vitor CONSTÂNCIO
Werner HOYER
Thomas WIESER
Philippe GUDIN de VALLERIN
Andrea ENRIA

Vizepräsident der Europäischen Zentralbank
Präsident der Europäischen Investitionsbank
Präsident des Wirtschafts- und Finanzausschusses
Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses
Präsident der Europäischen Bankenaufsicht

Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

Kroatien:
Vladimir DROBNJAK

Botschafter, Leiter der Mission Kroatiens bei der EU

ERÖRTERTE PUNKTE

VORGEHEN IM ANSCHLUSS AN DIE INTERNATIONALEN FINANZTAGUNGEN

Der Rat zog eine Bilanz der Ergebnisse der folgenden internationalen Finanzttagungen vom 19. bis 22. April 2012 in Washington DC:

- Tagung der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20 und
- jährliche Frühjahrstagungen des IWF.

Bei den Diskussionen in Washington ging es um die Lage der Weltwirtschaft, den G20-Rahmen für Wachstum, zusätzliche IWF-Ressourcen, Vorschriften für den Finanzsektor, Energie- und Rohstoffmärkte, umweltverträgliches Wachstum und Klimaschutzfinanzierung.

Der Rat legte einige Themen für künftige Beratungen im Hinblick auf den G20-Gipfel in Los Cabos (Mexiko) am 18. und 19. Juni 2012 und die nachfolgenden Finanzttagungen fest.

EIGENKAPITALANFORDERUNGEN AN BANKEN

Der Rat führte eine eingehende Prüfung von Vorschlägen zur Änderung der EU-Vorschriften für die Eigenkapitalanforderungen an Banken und Wertpapierfirmen, das sogenannte "CRD IV"-Paket, durch, um Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur Annahme der Texte in erster Lesung aufnehmen zu können.

Mit den Vorschlägen sollen die derzeit geltenden Richtlinien zu den Eigenkapitalanforderungen¹ geändert und ersetzt und in zwei neue Rechtsetzungsakte aufgeteilt werden, nämlich in eine *Verordnung* zur Festlegung von Aufsichtsanforderungen, die Institute einzuhalten haben, und in eine *Richtlinie* zur Regelung des Zugangs zu Einlagengeschäften.

Ziel ist es, die von den G20 im November 2010 gebilligte internationale Vereinbarung – die sogenannte Basel 3-Vereinbarung –, die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht ausgearbeitet wurde, in EU-Recht umzusetzen.

Als Fazit der Beratungen stellte der Präsident des Rates fest, dass eine qualifizierte Mehrheit der Delegationen einen vorläufigen Kompromisstext unterstützte. Mit dem Einverständnis des Rates beschloss der Vorsitz, das Dossier zusätzlich auf die Tagesordnung für die Tagung des Rates am 15. Mai 2012 zu setzen, damit eine technische Überprüfung vorgenommen und im Anschluss hieran die Zustimmung des Rates zum Gesamtpaket bestätigt werden kann.

¹ Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Verbrauchsteuern – Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden

Der Rat verabschiedete eine Verordnung zur Modernisierung des Rahmens für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden zwischen den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Verbrauchsteuern.

Die Verordnung, die die Verordnung 2073/2004 aufhebt und ersetzt, legt die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit bei der Anwendung der Verbrauchsteuervorschriften sowie der Regeln und Verfahren für den Informationsaustausch, auch unter Einsatz elektronischer Mittel, fest.

ENERGIE

Euratom/ Organisation für die Entwicklung der Energiewirtschaft auf der koreanischen Halbinsel – Verlängerung des Abkommens

Der Rat ermächtigte die Kommission, die Verlängerung des Abkommens zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) und der Organisation für die Entwicklung der Energiewirtschaft auf der koreanischen Halbinsel (KEDO) auszuhandeln ([8874/12](#)).

UMWELT

Biozid-Produkte

Der Rat beschloss, den Erlass – durch die Kommission – der folgenden Rechtsakte gemäß der Richtlinie 98/8/EG¹ über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten nicht abzulehnen:

- Beschluss zur Festsetzung einer neuen Frist für die Einreichung der Unterlagen für bestimmte im Rahmen des Vierzehn-Jahres-Arbeitsprogramms gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 98/8/EG zu untersuchende Wirkstoffe ([7889/12](#));

¹ [ABI. L 123 vom 24.4.1998](#)

- Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 98/8/EG zwecks Aufnahme des Wirkstoffs DDA-Carbonat in Anhang I ([7891/12](#)).

Die beiden Entwürfe von Rechtsakten unterliegen dem Regelungsverfahren mit Kontrolle. Da der Rat seine Zustimmung erteilt hat, kann die Kommission die Rechtsakte nunmehr erlassen, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

LEBENSMITTELRECHT

Aktualisierung der Liste der zugelassenen Lebensmittelzusatzstoffe

Der Rat beschloss, den Erlass – durch die Kommission – von drei Verordnungen zur Änderung des Anhangs II der Verordnung 1333/2008 nicht abzulehnen, um die Verwendung der folgenden drei Lebensmittelzusatzstoffe zu erlauben:

- Lysozym (E1105) für die Konservierung von Bier, das weder pasteurisiert noch sterilfiltriert wird ([7978/12](#));
- Polydextrose (E1200) in brennwertvermindertem Bier und Bier mit geringem Alkoholgehalt ([7966/12](#));
- Glycerinestern aus Wurzelharz (E445) als Emulgator zum Bedrucken von Süßwaren mit hartem Überzug ([7977/12](#)).

Die Verordnungsentwürfe unterliegen dem Regelungsverfahren mit Kontrolle. Da der Rat seine Zustimmung erteilt hat, kann die Kommission die Verordnungen nunmehr erlassen, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

ERNENNUNGEN

Ausschuss der Regionen

Der Rat ernannte Herrn Juan Ignacio ZOIDO ÁLVAREZ, Herrn Abel CABALLERO ÁLVAREZ und Frau Nuria MARÍN MARTÍNEZ (Spanien) zu Mitgliedern des Ausschusses der Regionen für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 25. Januar 2015 ([8982/12](#)).